©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETHELM PROWE

DER BRIEF KENNEDYS AN BRANDT VOM 18. AUGUST 1961

Eine zentrale Quelle zur Berliner Mauer und der Entstehung der Brandtschen Ostpolitik*

Der 13. August 1961 bleibt ein Schlüsseldatum der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wie kein anderer Tag ist er zum Symbol der deutschen Teilung geworden. Denn mit der Abriegelung der letzten offenen Grenze zwischen Ost und West in Deutschland ist ein Schlußstrich gezogen worden unter die Nachkriegsjahre, in denen eine künftige Wiedervereinigung des Bismarckschen Nationalstaates noch selbstverständlich schien.

In den emotionell geladenen Tagen nach dem Mauerbau mußte dieser zunächst vor allem als der brutale Höhepunkt des Kalten Krieges erscheinen. Menschlich gesehen hat die Mauer auch gewiß im Leben vieler Berliner, Ostdeutscher und mancher ihrer westdeutschen Verwandten schmerzhafte Wunden geschlagen. Wir wissen aber heute ebenso, daß in denselben dramatischen Augusttagen wichtige Weichen gestellt worden sind für die bedeutendste Wende in der westdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik seit Bestehen der Bundesrepublik. Die führenden Chronisten der bundesdeutschen Außenpolitik haben an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, daß gerade die Mauer und insbesondere die westlichen Reaktionen auf ihre Errichtung die Deutschen jäh aus den außenpolitischen Illusionen der fünfziger Jahre gerissen haben. Die Tatsache der Mauer hat sehr schnell gelehrt, daß die bloße Nichtanerkennung der DDR die Wiedervereinigung nicht näherbringen, sondern eher die Schranken zwischen den beiden Teilen Deutschlands erhöhen würde. An den westlichen Reaktionen ließ sich eindeutig ablesen, daß die Schutzgarantien der Verbündeten nur Westdeutschland und West-Berlin, nicht aber den deutschen nationalen Wünschen nach Einheit galten[1]. Die Mauer konfrontierte so die Deutschen nicht nur mit der endgültigen Spaltung ihrer Nation, sondern ließ sie auch zum ersten Mal die grundlegend anderen Interessen der westlichen Alliierten, insbesondere der Vereinigten Staaten, erkennen. Arnulf Baring wie auch Willy Brandt selber haben überzeugend dargelegt, daß diese Einsichten verständlicherweise am frühesten und klarsten die politi-

---

* Zum besseren Verständnis wird auch der Brief Brandts an Kennedy, obwohl schon veröffentlicht, abgedruckt (Dok. 1).

[1] Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 289, 291, 367; Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt–Scheel, Stuttgart 1982, S. 206, 209; Richard Löwenthal, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz, (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 659.

Jahrgang 33 (1985), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Führung vor Ort in Berlin, nämlich Brandt und seinen engen Beraterkreis, Egon Bahr, Heinrich Albertz und Klaus Schütz, geprägt haben und daß daher auch die wichtigsten neuen deutschland- und später ostpolitischen Impulse von dort ausgegangen sind[2].

Weniger bekannt ist die Rolle, die der damalige amerikanische Präsident John Fitzgerald Kennedy in diesem ost- und deutschlandpolitischen Umdenkungsprozeß in den ersten Tagen nach dem Mauerbau in Berlin gespielt hat. Eine Schlüsselrolle kommt dabei einem Brief zu, den Kennedy fünf Tage nach dem Bau der Mauer in Antwort auf Brandts dringenden Appell an Washington hat überbringen lassen. Obwohl dieser Brief verschiedentlich von Brandt selbst und seinen engsten Berliner Beratern als wesentlicher Faktor in den deutschlandpolitischen Überlegungen in Berlin 1961/62 herausgestellt worden ist, ist er der breiten Öffentlichkeit lange unbekannt geblieben. Brandt hat in seinen beiden Erinnerungsbänden „Begegnungen mit Kennedy" (1964) und „Begegnungen und Einsichten: Die Jahre 1960–1965" (1976) die ausführlichsten Zusammenfassungen veröffentlicht[3]. Darüber hinaus sind in der einschlägigen Literatur nur einzelne Teile des Briefs und diese dann nicht immer richtig wiedergegeben worden[4]. Es kann kaum überraschen, daß aus solchen Halbinformationen so manche Legenden um dieses Schlüsseldokument gewoben worden sind. So schrieb Jean Edward Smith in seiner Berlin-Chronik 1963 von einer „beißenden" (stinging) Botschaft Kennedy's, die überaus „scharfe Worte" enthalten habe[5], und auch DER SPIEGEL wußte von „harten Worten" Kennedys zu berichten[6]. In krassem Gegensatz dazu behauptete Robert M. Slusser noch 1973, daß das von Vizepräsident Johnson überbrachte Schreiben „die amerikanische Verpflichtung für Berlin in feierlichsten Worten nochmals bestätigt" habe[7].

---

[2] Baring, S. 206–210; Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 17, 112; vgl. auch Diethelm Prowe, Die Anfänge der Brandtschen Ostpolitik in Berlin 1961–1963. Eine Untersuchung zur Endphase des Kalten Krieges, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml, Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 249–286.

[3] Willy Brandt, Begegnungen mit Kennedy, München 1964, S. 86–87; Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 30–31.

[4] Arthur M. Schlesinger, Jr., A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House, Boston 1965, S. 395; Eleanor Dulles, The Wall: A Tragedy in Three Acts, Columbia/S.C. 1972, S. 74; Richard L. Merrit, A Transformed Crisis: The Berlin Wall, in: Roy C. Macrides, (Hrsg.), Modern European Government, Englewood Cliffs 1968, S. 169–170; Heinrich Albertz, War die Mauer zu verhindern?, in: Spiegel, 24. 10. 66, S. 80–82. Die ausführliche Zusammenfassung bei Curtis Cate, The Ides of August: The Berlin Wall Crisis, New York 1978, S. 424 is teilweise irreführend. Er behauptet so z. B., daß ein ganzer Absatz des Kennedy-Briefs der Frage eines UNO-Appells gewidmet sei. Der Brief ist gar nicht erwähnt u. a. bei: Jack M. Schick, The Berlin Crisis 1958–1962, Philadelphia 1971; Honore M. Catudal, Kennedy and the Berlin Crisis. A Case Study in U.S. Decision-Making, Berlin 1980; Walther Stützle, Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961–1962, Bonn 1973.

[5] Jean Edward Smith, The Defense of Berlin, Baltimore 1963, S. 292, 297–298.

[6] „Konjew ließ aufmarschieren", in: Spiegel, 20. 8. 66, S. 50.

[7] Robert M. Slusser, The Berlin Crisis of 1961. Soviet-American Relations and the Struggle for Power in the Kremlin, June–November 1961, Baltimore 1973, S. 137. Hier handelt es sich allerdings wahr-

Jahrgang 33 (1985), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der hier abgedruckte Wortlaut des Briefes läßt keine dieser Deutungen mehr zu. Obgleich wir von Berichten aus Kennedys Beraterkreis wissen, daß der Präsident im ersten Moment wirklich ungehalten und mit entsprechend robusten Worten auf den emotionell geladenen und nach seiner Meinung demagogischen Brief Brandts reagiert hat[8], ist die Sprache des Schreibens durchaus freundlich, wenn auch kühl distanziert gehalten. Die Würze des Dokumentes lag nicht in seinem Ton, sondern in seiner nüchtern klaren Explikation der amerikanischen Berlin-Politik. Denn in seiner verbindlichen Diplomatensprache setzte der amerikanische Präsident doch dem stürmischen Appell Brandts hier endgültig das kalte Machtwort der amerikanischen Großmacht entgegen, das in aller Deutlichkeit die Grenzen der Gemeinsamkeit deutscher Wünsche und alliierter Interessen markierte.

Diese Unterschiede waren auf Regierungsebene bereits spätestens Anfang Mai 1961 unverkennbar geworden, als anläßlich der NATO-Tagung in Oslo die Minimalposition des Westens in den drei essentials als westliche militärische Präsenz, freier Zugang und Lebensfähigkeit ausdrücklich für *West*-Berlin definiert worden war[9]. Auch weitere amerikanische Stimmen ließen in den Wochen vor dem 13. August außer Zweifel, daß sich die amerikanischen Interessen und Sicherheitsgarantien nicht auf Gesamtberlin, Gesamtdeutschland und schon gar nicht auf eine deutsche Wiedervereinigung erstreckten, sondern sich – über Westdeutschland hinaus – einzig und allein auf die Verteidigung *West*-Berlins und seiner Zufahrtswege bezogen. Zwei Wochen vor dem Mauerbau winkte der langjährige Vorsitzende des US-Senatsausschusses für Außenpolitik, William J. Fulbright, sogar mit dem Zaunpfahl, indem er bemerkte, Ulbricht sei doch völlig berechtigt, seine Sektorengrenzen in Berlin zu schließen[10].

In der deutschen Öffentlichkeit ließen sich derartige Warnungen noch unter den Teppich der Wiedervereinigungsillusionen kehren, bis Stacheldraht und Mauer die Berliner jäh aus ihren Wunschträumen rissen. Wenn sich die Westberliner politische Führung in den ersten Tagen nach dem Mauerbau auch zunächst noch mit Appellen an die Alliierten nach „Taten" durchzumogeln suchte, die dem illusionären Schlachtruf der Demonstranten und des CDU-Bürgermeisters Franz Amrehn (nicht aber Brandts) „Die Mauer muß weg!" ein letztes Maß an Glaubwürdigkeit verleihen soll-

---

scheinlich um eine Mißdeutung Theodore C. Sorensons (Kennedy, New York 1965), den Slusser hier zitiert und dessen Beschreibung er fast wörtlich übernimmt. Sorenson (S. 594) beschreibt jedoch die Ansprache von Johnson und nicht den Brief Kennedys.

8 Terence Prittie, Willy Brandt: Portrait of a Statesman, New York 1974, S. 145–146; Hans Herzfeld, Berlin in der Weltpolitik 1945–1970, Berlin 1973, S. 456; Cate, S. 423; Smith, S. 283–284; Dulles, S. 70; Merrit, S. 169; „Konjew ließ aufmarschieren", S. 47–48.

9 Department of State Bulletin, Band 44, Nr. 1144 (29. 5. 1961), S. 801: „... to maintain the freedom of West Berlin and its people"; vgl. auch Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 18. Auf einer Pressekonferenz am 20. 8. 61, kurz nach dem Mauerbau, hat der amerikanische Außenminister Dean Rusk die Essentials noch klarer und breiter definiert: „... those vital interests are the presence of the West in West Berlin, the freedom and security of that city, its ability to live, and its physical access to the rest of the world." (American Foreign Policy, Current Documents 1961, Washington 1965, S. 637).

10 Schlesinger, S. 394; Smith, S. 259; Slusser, S. 94.

Jahrgang 33 (1985), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten, so konfrontierte der Kennedy-Brief Brandt und seinen Beraterkreis bereits unmißverständlich mit der Tatsache, daß der alte Traum, die letzten Reste deutscher Einheit wenigstens in Berlin unter alliiertem Schutz zu retten und langsam von Berlin aus für ganz Deutschland wiederzugewinnen, ausgeträumt war[11]. Diese Erkenntnis war um so schwieriger, als die damalige Berliner Führung – Brandt selbst und seine engsten Berater Egon Bahr und Heinrich Albertz – nicht zuletzt gerade aus Engagement für eine deutsche Wiedervereinigung nach Berlin gekommen war. War Brandts Appell an Kennedy noch von der Hoffnung getragen, daß sich die amerikanische Verantwortung wenigstens politisch-moralisch durch den Viermächtestatus noch auf ganz Berlin bezog, so begrenzte der Präsident die amerikanische Einwirkungssphäre so ausschließlich auf West-Berlin, daß er sich nicht einmal zu einem Anruf der Vereinten Nationen bereit fand.

Die dramatische Vorgeschichte des amerikanischen Briefes ist bereits verschiedentlich beschrieben worden. In der Nacht des Mauerbaus erholten sich die führenden Staatsmänner des Westens an ihren verschiedenen Urlaubsorten. Zum Ärger der Berliner ließen sie sich dort auch in den darauffolgenden Tagen kaum stören. Vor allem im Falle des amerikanischen Präsidenten und seines Außenministers Dean Rusk war diese Inaktivität keineswegs auf menschliche Dickfelligkeit, sondern auf eine nüchterne Einschätzung amerikanischer Interessen zurückzuführen. Denn die Mauer bedrohte keine der drei westlichen „essentials" – westliche militärische Präsenz, Verbindungslinien zum Westen oder Lebensfähigkeit *West*-Berlins. Im Gegenteil war die Abfertigung auf den Zufahrtswegen durch die DDR in den Tagen des Mauerbaus besonders zügig. Man hatte daher in Washington zunächst allen Grund, erleichtert aufzuatmen, hatte doch Chruschtschow in den vorangegangenen Monaten gerade eine Einschränkung der alliierten Rechte auf den Zufahrtswegen im Falle eines sowjetischen Friedensvertrages mit der DDR angedroht. Zu der Erleichterung kam aber auch die Furcht, daß eine allzu aggressive amerikanische Reaktion einen blutigen, weltpolitisch gefährlichen und am Ende nutzlosen Aufstand in der DDR fördern könnte, wie es Dulles' lautstarke Forderungen nach einem „roll back" des sowjetischen Machtbereichs zur Befreiung Osteuropas in den fünfziger Jahren in der DDR, in Polen und in Ungarn scheinbar getan hatten[12].

In West-Berlin zeichnete sich jedoch unterdessen eine ganz andere Gefahr ab, die man in Washington übersehen hatte. Die westliche Inaktivität selbst drohte das Vertrauen der Bevölkerung in die westlichen Schutzmächte überhaupt und damit potentiell auch die politische Stabilität in der Stadt zu untergraben. Es war aus dieser Panikstimmung heraus, daß Brandt am 16. August vor der aufgebrachten Menge am Schöneberger Rathaus Taten der Westmächte forderte und daß er sich mit der regen Ermunterung des amerikanischen Missionschefs in Berlin, Allan E. Lightner, und des gerade in Berlin anwesenden US Information Agency Direktors Edward R. Murrow entschloß, sich entgegen allem Protokoll und der von ihm sonst so entschieden vertre-

[11] Baring, S. 206.

[12] Herzfeld, S. 454–455; Smith, S. 272; Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 15–16.

Jahrgang 33 (1985), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tenen Unterordnung unter die Bonner Außenpolitik unmittelbar an Kennedy zu wenden. Sein Brief war der Lage entsprechend unverhohlen kritisch gegenüber der amerikanischen Außenpolitik der vorangegangenen Monate und forsch – Adenauer nannte es „arrogant"[13] – in der Weise, in der er dem amerikanischen Präsidenten einen Katalog erwünschter Gegenmaßnahmen anempfahl[14].

Auf Kennedy mußten diese aufmüpfigen Vorhaltungen eines bloßen Stadtoberhauptes herausfordernd wirken. Er war deshalb zunächst ungehalten über den anmaßenden Ton des Schreibens, das er für einen plumpen Versuch Brandts hielt, sich Vorteile für die bevorstehende Bundestagswahl zu verschaffen, in der dieser zum ersten Mal als Kanzlerkandidat der SPD auftrat. Erst die damals nur zähflüssig eintreffenden Kommunikationen von den amerikanischen Vertretern vor Ort in Berlin[15] bewogen Kennedy nach zwei Tagen[16] schließlich doch, seinen engsten außenpolitischen Berater im Weißen Haus, McGeorge Bundy, mit dem Entwurf eines Antwortschreibens zu beauftragen[17]. Die endgültige Fassung dieses Briefes, datiert auf den 18. August und getippt auf drei Seiten hellgrünen Papiers mit dem blauen Aufdruck „The White House", ist dem Regierenden Bürgermeister dann am 19. August von Vizepräsident Lyndon B. Johnson in der Berliner Residenz des amerikanischen Botschafters übergeben worden[18].

Im Gegensatz zu den ersten Reaktionen Kennedys und den späteren Mutmaßungen des SPIEGEL, Jean Edward Smiths und anderer ist der Ton des Briefs erstaunlich höflich, entgegenkommend, ja betont verständnisvoll. Einige Wendungen Brandts wie „persönliches und informelles Schreiben" („personal informal letter") und „mit dieser letzten Offenheit" („in full frankness") kehren sogar fast wörtlich im Antwortschreiben wieder. Kennedy erkennt im zweiten Absatz ausdrücklich an, was er in seinem Beraterkreis zunächst nicht hatte wahrhaben wollen, daß der Brief Brandts einer echten Bedrängnis in Berlin und der persönlichen Sorge des Regierenden Bürgermeisters entsprungen war. Andererseits distanziert sich der amerikanische Präsident eindeutig von dem persönlichen Umgangston Brandts dadurch, daß er dessen „unter Freunden" meidet und mit Wendungen wie „partners" und „it is important to be in close touch" ersetzt. Er läßt seinen Briefpartner auch deutlich wissen, daß er keine weiteren derartigen persönlichen Initiativen wünscht, indem er ihn gleich zweimal auf den indirekten Verbindungsweg über Johnson, Clay und deren Delegation verweist.

Auffallender noch als diese stilistischen Feinkorrekturen ist die Konsequenz, mit der Kennedy sämtliche an die amerikanische Adresse gerichteten Klagen und Vorschläge bei allen diplomatischen Höflichkeitsformeln kompromißlos abweist. Er bedient sich dabei dreier Methoden. Zwei Anregungen Brandts lehnt er ausdrücklich

---

13 Spiegel, 30. 8. 61, S. 12.

14 Text in: Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1962, München 1962, S. 479–480. Erstveröffentlichung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 8. 1961.

15 Allan Lightner, zitiert bei Dulles, S. 41.

16 Albertz, S. 80.

17 Cate, S. 423–424; Dulles, S. 70, 74; Smith, S. 283–287, 292; Sorenson, S. 593–594.

18 Albertz, S. 82.

Jahrgang 33 (1985), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ab: einen Anruf der Vereinten Nationen und die Proklamierung eines zusätzlichen Drei-Mächte-Status für West-Berlin. Das Gros der übrigen Vorschläge wischt er zusammen mit dem Gedanken des UNO-Appells als unangemessen, wenig erfolgversprechend bzw. bloße Bagatellen vom Tisch. Vor allem auf die Forderung Brandts, daß der Westen mit neuer Energie auf eine Friedensregelung für Deutschland, die „dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ... entspricht", d. h. auf die deutsche Wiedervereinigung drängen sollte, geht der Brief bemerkenswerterweise mit keinem Wort ein. Denn hier schieden sich ja präzise die deutschen Wunschvorstellungen von den handfesten amerikanischen Interessen. Auch über die aufgebrachten Klagen von der „Untätigkeit und reine(n) Defensive" der Alliierten, Zweifel an der westlichen Reaktionsfähigkeit und die Behauptung, daß die Sowjetunion bereits die Hälfte ihrer Freistadtvorschläge erreicht habe, setzt sich Kennedy diplomatisch kühl hinweg. Wo sich schließlich die Brandtschen Gedankengänge mit den amerikanischen Einsichten decken, besteht der Präsident nachdrücklich darauf, daß diese Schritte entweder, wie im Falle der Truppenverstärkungen, von *ihm selbst* („I myself" – in ungewöhnlicher Verdoppelung) bereits beschlossen, oder erst von amerikanischen Stellen zu prüfen seien. Die einzige Anregung Brandts, die der amerikanische Staatschef positiv aufnimmt, ist der Vorschlag einer Volksabstimmung über die Bindung zum Westen, die den amerikanischen Vorstellungen ihrer Garantie für *West*-Berlin entsprach und von Deutschen selbst intern ausgeführt werden konnte.

Auch die ausschließliche Betonung auf *West*-Berlin, die aus heutiger Perspektive selbstverständlich erscheint, steht hier in ausdrücklichem Gegensatz zu der Botschaft Brandts, die noch von Berlin, Gesamtdeutschland und Wiedervereinigung spricht. Selbst bei der Verurteilung des Mauerbaus nennt Kennedy nicht ganz Berlin oder die Ost-Berliner Bevölkerung, sondern beklagt namentlich nur das Schicksal der West-Berliner. Er begrenzt damit ganz gezielt die westliche Verantwortung auf die Westsektoren. Am deutlichsten betont er diese rein West-Berliner Perspektive in dem zukunftsweisenden letzten Absatz, in dem er Brandt ermahnt, die praktische Bedeutung der sowjetischen Aktionen nicht überzubewerten, sondern sich auf die primäre Ausrichtung West-Berliner Lebens zum Westen hin zu besinnen. Er ermuntert die Berliner hier ausdrücklich, diese Bindungen schöpferisch weiterzuentwickeln. Gewiß steht dahinter die Hoffnung, daß die Berliner, wie vor ihnen schon die Bundesbürger Adenauers, die nationalen Wiedervereinigungshoffnungen auf die Dauer überwinden würden.

Wenn man sich die gespannte Lage in Berlin in den Tagen nach dem 13. August ins Gedächtnis ruft, überrascht endlich, wie behutsam und zurückhaltend die Verurteilung der Sowjets über die üblichen kaltkriegerischen Redensarten hinaus bleibt. In der diesbezüglich entscheidenden Passage im letzten Abschnitt, wo schließlich die Richtung der künftigen amerikanischen Politik offenbar wird, wird der Mauerbau im Grunde als Niederlage der Sowjets bagatellisiert, die die Lage West-Berlins nur unwesentlich berührt. Im Gegenteil spricht aus den darauffolgenden Sätzen bereits der Optimismus, den die Amerikaner zweifellos nach dem sowjetischen Rückzug hinter die Mauer verspürt haben, daß sich nunmehr die Einbindung West-Berlins in den Westen wirtschaftlich und militärisch sicherer und unkomplizierter entwickeln würde.

Jahrgang 33 (1985), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Schockwirkung war damit für die Berliner Führung komplett. Kennedy hätte kaum deutlicher machen können, daß Washington nicht nur den Status quo anerkannte, sondern auch von den Deutschen erwartete, daß sie ihre eigenen politischen Ziele auf dieser Basis weiterverfolgten. Der Brief forderte die Berliner ganz eindeutig auf, Positionen und Ansprüche, die ohnehin nicht durchzusetzen waren, aufzugeben[19]. Gleichzeitig aber legte er Brandt auch nahe, eigene Gedanken zur Entspannung der Lage in Berlin zu entwickeln, statt sich nur über die amerikanische Untätigkeit zu beklagen[20]. Im Brief selbst scheint diese Aufforderung zu Eigeninitiativen nur der engeren Bindung West-Berlins an den Westen zu gelten. Die Aufforderung Kennedys zu selbständigen Initiativen und zur Aufgabe unhaltbarer Positionen beinhaltete jedoch bereits die wesentlichen Voraussetzungen einer Entspannung auch nach Osten hin.

Zweifelsohne ist die Botschaft Kennedys von Brandt und seinem Beraterkreis in Schöneberg nach der ersten Schockreaktion sehr schnell genau in dieser Weise verstanden worden. Neben weiteren Bemühungen, die Integration West-Berlins nach Westen hin voranzutreiben, hat der Berliner Senat schon in den ersten Wochen nach dem Mauerbau über das Rote Kreuz und andere Kanäle versucht, direkten Kontakt mit der Ost-Berliner Regierung aufzunehmen, um wenigstens die Wiederherstellung von Verkehrs- und Fernmeldeverbindungen zu erreichen[21]. Bereits in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Abgeordnetenhaus nach dem Mauerbau und parallelen Äußerungen in den Gremien seiner Partei deutete Brandt die beiden Hauptansatzpunkte seiner späteren Ostkontakte an: Aufgabe unrealistischer Rechtspositionen und zugleich Bemühungen, technische Erleichterungen an den Sektorengrenzen zu erreichen. Er erklärte den Abgeordneten: „... wir werden alles Erdenkliche tun, damit die Mauer, solange sie nicht beseitigt ist, wenigstens durchlässig wird ...“[22], und fügte auf dem außerordentlichen Parteitag des Berliner SPD-Landesverbandes hinzu: „Wir sind der Bevölkerung ernsthafte Bemühungen in dieser Richtung schuldig.“[23] Diese Ansätze haben dann zwei Jahre später in dem Passierscheinabkommen vom Dezember 1963 in Berlin ihre ersten Früchte getragen[24].

Für den weltpolitischen Kontext der Brandtschen Ost- und Entspannungspolitik in Deutschland ist Kennedys Brief schließlich ein wesentliches Indiz dafür, daß der *Anstoß* zu dieser bedeutenden Umwälzung von den *USA* ausgegangen ist. Wenn auch das vorliegende Schreiben noch keinerlei direkte Anregungen zu eigenen deutschen Schritten zur Entspannung in Berlin und in Deutschland enthielt, sondern Brandt lediglich zu eigenen Initiativen in der stärkeren Bindung West-Berlins zum Westen auf-

---

19 Vgl. 2. und 3. Absatz des Dokumentes.

20 Vgl. 7. und letzten Absatz.

21 Abgeordnetenhaus von Berlin, Stenographische Berichte, III. Wahlperiode, 90. Sitzung (künftig Abgh. III/90), 26. 6. 62, S. 181; Abgh. IV/13, 3. 9. 63, S. 247; SPIEGEL, 10. 1. 62, S. 30.

22 Abgh. III/70, 22. 9. 61, S. 275.

23 Die Verhandlungen des Landesparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Berlin, XVIII. Landesparteitag, außerordentliche Sitzung, 2. 12. 61, S. 11, 40.

24 Vgl. Prowe, S. 278–284.

Jahrgang 33 (1985), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

forderte, so drängte Kennedy in den darauffolgenden Wochen jedoch ganz offensichtlich in die Richtung reger Ost-West-Kontakte mit dem Ziel einer praktischen Entspannung[25]. Brandt selbst hat es in einer nichtöffentlichen Sitzung des Berliner SPD-Landes- und Fraktionsvorstandes Anfang Oktober 1961 so ausgedrückt: „Sie (die Amerikaner) sagen unter anderem: Wir treten weiterhin offiziell für die Wiedervereinigung ein. Chruschtschow hat gesagt, daß er sie nicht will. Und so bleibt es. Unterdessen, sagen sie, ist es in eurem Interesse, wenn durch die erwähnten (Viermächte-) Kommissionen oder auch durch Gespräche zwischen Menschen so viele Kontakte wie möglich da sind."[26] Die amerikanische Regierung stellte ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über einen praktischen Modus vivendi durch Außenminister- und anschließend Botschaftergespräche mit den Sowjets bereits Ende 1961 unter Beweis[27]. Die entscheidende Aufforderung zu direkten deutschen Entspannungsinitiativen in Berlin im Sinne der späteren Brandtschen „Politik der kleinen Schritte" hat der amerikanische Präsident jedoch während seines Berlin-Besuches am 26. Juni 1963 ausgesprochen, als er im Auditorium Maximum der Freien Universität erklärte: „Wir werden den Schild militärischer Verpflichtungen ... so lange nicht beiseite legen, wie er notwendig ist; hinter diesem Schild aber genügt es nicht, auf der Stelle zu treten und sich am Status quo festzuklammern, um auf bessere Zeiten zu warten ..." Und noch deutlicher: „... unterdessen verlangt unser Sinn für Gerechtigkeit von uns, daß wir tun, was wir können, um Erleichterung zu schaffen und um die Hoffnung derer jenseits der Mauer ... durch so viele Kontakte wie möglich, durch so viel Handel, wie es die westliche Sicherheit erlaubt, lebendig zu halten ..."[28] Der vorliegende Brief und jene Sätze des amerikanischen Präsidenten bilden damit den Rahmen eines Umdenkungsprozesses in der deutsch-deutschen Politik in Berlin, der an beiden Endpunkten entscheidend von der westlichen Weltmacht beeinflußt worden ist. War jener Brief vom 18. August 1961 einer der ersten Anstöße, weil er die Grundlagen der alten Wiedervereinigungspolitik schonungslos verwarf, so sollten die obigen Sätze aus Kennedys FU-Ansprache der Berliner Führung als positive Legitimation für die Politik dienen, die sie schließlich in den Passierscheinabkommen von 1963 bis 1965 durchsetzen konnte.

Dokument 1

„Sehr verehrter Herr Präsident! Nach den Entwicklungen der letzten drei Tage in meiner Stadt möchte ich Ihnen in diesem persönlichen und informellen Schreiben einige der Gedanken und Gesichtspunkte mitteilen, die mich bewegen.

Die Maßnahmen des Ulbricht-Regimes, gestützt durch die Sowjetunion und den übri-

[25] Vgl. Sorenson, S. 597–599.

[26] Sitzung des Landesvorstands der SPD Berlin (mit Fraktionsvorstand), 2. 10. 61.

[27] Vgl. insbes. Stützle, S. 192–198.

[28] Address by the President at the Free University Berlin, June 26, 1963, in: American Foreign Policy. Current Documents 1963, Washington 1967, S. 536–537. Übers. d. Verf.

Jahrgang 33 (1985), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen Ostblock, haben die Reste des Vier-Mächte-Status nahezu völlig zerstört. Während früher die Kommandanten der alliierten Mächte in Berlin bereits gegen Paraden der sogenannten Volksarmee protestierten, haben sie sich jetzt mit einem verspäteten und nicht sehr kraftvollen Schritt nach der militärischen Besetzung des Ostsektors durch die Volksarmee begnügen müssen. Die illegale Souveränität der Ost-Berliner Regierung ist durch Hinnahme anerkannt worden, soweit es sich um die Beschränkung der Übergangsstellen und des Zutritts zum Ostsektor handelt. Ich halte dies für einen ernsten Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte dieser Stadt, wie es ihn seit der Blockade nicht mehr gegeben hat.

Die Entwicklung hat den Widerstandswillen der West-Berliner Bevölkerung nicht verändert, aber sie war geeignet, Zweifel in die Reaktionsfähigkeit und Entschlossenheit der drei Mächte zu wecken. Dabei ist ausschlaggebend, daß der Westen sich stets gerade auf den existierenden Vier-Mächte-Status berufen hat. Ich weiß wohl, daß die gegebenen Garantien für die Freiheit der Bevölkerung, die Anwesenheit der Truppen und den freien Zugang allein für West-Berlin gelten. Dennoch handelt es sich um einen tiefen Einschnitt im Leben des deutschen Volkes und um ein Herausdrängen aus Gebieten der gemeinsamen Verantwortung (Berlin und Deutschland als Ganzes), durch die das gesamte westliche Prestige berührt wird. Die politisch-psychologische Gefahr sehe ich in doppelter Hinsicht:

1. Untätigkeit und reine Defensive könnten eine Vertrauenskrise zu den Westmächten hervorrufen. 2. Untätigkeit und reine Defensive könnten zu einem übersteigerten Selbstbewußtsein des Ostberliner Regimes führen, das heute bereits in seinen Zeitungen mit dem Erfolg seiner militärischen Machtdemonstration prahlt.

Die Sowjetunion hat die Hälfte ihrer Freistadtvorschläge durch den Einsatz der deutschen Volksarmee erreicht. Der zweite Akt ist eine Frage der Zeit. Nach dem zweiten Akt würde es ein Berlin geben, das einem Ghetto gleicht, das nicht nur seine Funktion als Zufluchtsort der Freiheit und als Symbol der Hoffnung auf Wiedervereinigung verloren hat, sondern das auch vom freien Teil Deutschlands abgeschnitten wäre. Dann könnten wir statt der Fluchtbewegung nach Berlin den Beginn einer Flucht aus Berlin erleben.

Ich würde es dieser Lage für angemessen halten, wenn die Westmächte zwar die Wiederherstellung der Viermächteverantwortung verlangen, gleichzeitig aber einen Drei-Mächtestatus West-Berlins proklamieren würden. Die drei Mächte sollten die Garantie ihrer Anwesenheit in West-Berlin bis zur deutschen Wiedervereinigung wiederholen und gegebenenfalls von einer Volksabstimmung der Bevölkerung in West-Berlin und der Bundesrepublik unterstützen lassen. Es bedarf auch eines klaren Wortes, daß die deutsche Frage für die Westmächte keineswegs erledigt ist, sondern daß sie mit Nachdruck auf einer Friedensregelung bestehen werden, die dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und den Sicherheitsinteressen aller Beteiligten entspricht. Außerdem würde ich es für gut halten, wenn der Westen das Berlin-Thema durch eigene Initiative vor die Vereinten Nationen brächte, mindestens mit der Begründung, die Sowjetunion habe in eklatanter Weise die Erklärung der Menschenrechte verletzt. Es scheint mir besser zu sein, die Sowjetunion in einen Anklagezustand zu versetzen, als dasselbe Thema nach Anträgen anderer Staaten diskutieren zu müssen.

Ich verspreche mir von derartigen Schritten keine wesentliche materielle Änderung der augenblicklichen Situation und kann nicht ohne Bitterkeit an die Erklärungen denken, die Verhandlungen mit der Sowjetunion mit der Begründung abgelehnt haben, man dürfe nicht unter Druck verhandeln. Wir haben jetzt einen Zustand vollendeter Erpressung, und schon höre ich, daß man Verhandlungen nicht werde ablehnen können. In einer solchen

Jahrgang 33 (1985), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lage ist es um so wichtiger, wenigstens politische Initiative zu zeigen, wenn die Möglichkeit der Initiative des Handelns schon so gering ist.

Nach der Hinnahme eines sowjetischen Schrittes, der illegal ist und als illegal bezeichnet worden ist, und angesichts der vielen Tragödien, die sich heute in Ost-Berlin und in der Sowjetzone abspielen, wird uns allen das Risiko letzter Entschlossenheit nicht erspart bleiben. Es wäre zu begrüßen, wenn die amerikanische Garnison demonstrativ eine gewisse Verstärkung erfahren könnte.

Ich schätze die Lage ernst genug ein, um Ihnen, verehrter Herr Präsident, mit dieser letzten Offenheit zu schreiben, wie sie nur unter Freunden möglich ist, die einander voll vertrauen."

Dokument 2

DAS WEISSE HAUS
WASHINGTON

GEHEIM

18. August 1961

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brandt!

Ich habe Ihr persönliches und informelles Schreiben vom 16. August mit großer Aufmerksamkeit gelesen, und ich möchte Ihnen dafür danken. In diesen kritischen Tagen ist es wichtig für uns, in enger Verbindung zu bleiben. Aus diesem Grunde lasse ich meine Antwort durch Vizepräsident Johnson überbringen. Er kommt zusammen mit General Clay, der den Berlinern wohlbekannt ist; und beide sind von mir autorisiert, unsere Fragen in aller Offenheit mit Ihnen zu besprechen.

Die Maßnahmen der sowjetischen Regierung und ihrer Marionetten in Ost-Berlin sind hier in Amerika auf Abscheu gestoßen. Diese Demonstration dessen, was sich die Sowjetregierung unter Freiheit für eine Stadt und Frieden für ein Volk vorstellt, beweist die Falschheit sowjetischer Heucheleien; und wir Amerikaner können verstehen, daß diese Aktion notwendigerweise ein harter Schlag für die Menschen in West-Berlin ist, die auf vielfältige Weise mit ihren Mitbürgern im Ostsektor verbunden bleiben. Daher verstehe ich vollkommen die tiefe Besorgnis und Unruhe, die Sie veranlaßt haben, mir zu schreiben.

So ernst die Sache auch ist, so stehen uns jedoch, wie Sie schreiben, keine Schritte zur Verfügung, die eine wesentliche materielle Änderung in der augenblicklichen Situation erzwingen könnten. Da die brutale Abriegelung der Grenzen ein schallendes Bekenntnis des Scheiterns und der politischen Schwäche darstellt, handelt es sich offensichtlich um eine grundlegende sowjetische Entscheidung, die nur ein Krieg rückgängig machen könnte. Weder Sie noch wir noch irgendeiner unserer Verbündeten haben je angenommen, daß wir wegen dieses Streitpunkts einen Krieg beginnen sollten.

Dennoch ist die sowjetische Aktion zu ernst für unzulängliche Gegenschritte. Ich selbst lehne die meisten Maßnahmen, die vorgeschlagen worden sind – selbst die meisten der Vorschläge in Ihrem Brief – deshalb ab, weil sie nur Kinderspiel sind verglichen mit dem, was geschehen ist. Manche scheinen außerdem wenig erfolgversprechend selbst innerhalb ihren eigenen Zielsetzungen. So beurteilen wir zum Beispiel gegenwärtig die Frage eines

sofortigen Appells an die Vereinten Nationen, obwohl wir diese Möglichkeit weiterhin aktiv prüfen werden.

Nach eingehenden Erwägungen habe ich selbst entschieden, daß die beste sofortige Gegenmaßnahme eine wesentliche Verstärkung der westlichen Garnisonen ist. Die Bedeutung dieser Verstärkung ist symbolisch – aber nicht nur symbolisch. Wir wissen, daß die Sowjetunion weiterhin ihre Forderung nach der Beseitigung des alliierten Schutzes von Berlin betont. Wir glauben, daß selbst eine bescheidene Verstärkung unsere Zurückweisung dieser Vorstellung unterstreicht.

Gleichzeitig – und das ist von noch größerer grundsätzlicher Bedeutung – werden wir den breiten Aufbau der militärischen Stärke des Westens fortsetzen und beschleunigen, für den wir uns entschieden haben und den wir als notwendige Antwort auf die langfristige sowjetische Bedrohung Berlins und unser aller betrachten.

Innerhalb Berlins, in den unmittelbaren Angelegenheiten der Stadt, mögen noch andere spezielle geeignete Schritte zu unternehmen sein. Diese werden wir so schnell und wohlwollend wie möglich prüfen, und ich hoffe, daß Sie auf jeden Fall Ihre eigenen Ansichten zu solchen Maßnahmen Vizepräsident Johnson und seiner Begleitung offen vortragen werden. Aktionen, die unsere andauernde Verpflichtung für die Freiheit in Berlin demonstrieren, werden unsere Unterstützung finden.

Ich habe Ihren Vorschlag über einen Drei-Mächte-Status für West-Berlin besonders aufmerksam geprüft. Nach meiner Beurteilung der Lage würde eine formelle Verkündung eines solchen Status auf eine Schwächung des Viermächteverhältnisses hinauslaufen, auf dem unsere Opposition gegen die Grenzschließung beruht. Was auch immer die derzeitigen Aussichten sein mögen, so glaube ich doch nicht, daß wir jetzt einen derartig zweischneidigen Schritt unternehmen sollten. Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß die Garantien, die wir West-Berlin gegeben haben, fortlaufend bestätigt und nochmals bestätigt werden sollten, und das tun wir. Darüber hinaus unterstütze ich Ihre Anregung einer geeigneten Volksabstimmung, um die dauerhafte Überzeugung West-Berlins zu demonstrieren, daß seine Zukunft der Freiheit im Bunde mit dem Westen gehört.

Allgemein möchte ich Sie noch dringend bitten, daß wir uns nicht von sowjetischen Aktionen erschüttern lassen dürfen, die in sich ein Schwächebekenntnis darstellen. West-Berlin ist heute bedeutender als je zuvor, und seine Mission, Symbol für die Freiheit zu sein, ist noch nie so wichtig gewesen wie jetzt. Die Bindung West-Berlins zur Freien Welt ist keine Sache schöner Reden. So wichtig auch die Verbindungen zum Osten gewesen sind, so schmerzlich wie ihr Abbruch auch ist, so läuft das Leben der Stadt, so wie ich es verstehe, doch in erster Linie zum Westen hin – ihr Wirtschaftsleben, ihre moralische Basis und ihre militärische Sicherheit. Sie werden vielleicht konkrete Möglichkeiten erwägen und vorschlagen wollen, wie diese Bindungen in einer Weise erweitert werden können, daß die Bürger West-Berlins sich ihrer Rolle aktiver bewußt werden nicht nur als Vorposten der Freiheit, sondern als wesentlicher Bestandteil der Freien Welt und aller ihrer Unternehmungen. In dieser doppelten Mission sind wir Partner, und ich selbst vertraue darauf, daß wir uns weiterhin in Zukunft so bestimmt aufeinander verlassen können, wie wir es in der Vergangenheit getan haben.

Mit warmen persönlichen Grüßen
verbleibe ich
Ihr (gez.) John Kennedy

An Herrn Willy Brandt
Regierender Bürgermeister von Berlin